Die NachDenkSeiten-Leserinnen und -Leser haben die Pfaffenhofener Initiative Freundschaft mit Valjevo und ihren Initiator Bernd Duschner dabei unterstützt, Spenden für das Italienische Krankenhaus in Damaskus zu sammeln. **Bernd Duschner** berichtet über das Ergebnis und in diesem Zusammenhang auch über die verzweifelte Lage in Syrien. **Albrecht Müller**.

Bernd Duschner in einer Mail vom 4.12.2018:

Die Spendenaktion für das Italienische Krankenhaus in Damaskus ist ein großer Erfolg. Mittlerweile konnten wir dem Krankenhaus bereits über 36.000 EUR für den Kauf dringend benötigter medizinischer Geräte, darunter EKG`s, Larygoskope, Spritzpumpen, Krankenhauskleidung und -wäsche zur Verfügung stellen. Gleichzeitig haben wir weitere 2.000 EUR dem dortigen Don Bosco Kindergarten für den Einkauf von Lehrmaterial und Spielsachen zukommen lassen. Als Folge der Sanktionen sind die syrischen Banken vom internationalen Zahlungsverkehr abgeschnitten. Die Vertreter des Krankenhauses mussten deshalb in den Libanon reisen, um dort die Gelder in Empfang nehmen und die benötigten medizinischen Geräte einzukaufen zu können.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Spendern, die diese humanitäre Hilfe ermöglicht haben und den „NachDenkSeiten“, die mitgeholfen haben, diese Aktion, die auch ein Zeichen der Solidarität mit der syrischen Bevölkerung ist, bekannt zu machen.

Trotz ihres großen Erfolges kann diese Spendensammlung nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Die entscheidende Voraussetzung für jede nachhaltige Verbesserung der syrischen Bevölkerung und den Wiederaufbau des Landes ist die Aufhebung der Sanktionen. Wir sind alle gefordert, uns dafür einzusetzen.
Wir bitten weiter um Spenden auf unser Konto bei der Sparkasse Pfaffenhofen, IBAN DE06 7215 1650 0008 0119 91, Stichwort Krankenhaus Damaskus.
Für die Spendenbescheinigungen benötigen wir die genaue Adresse der Spender und bitten, sich direkt mit uns in Verbindung zu setzen:
Bernd@Freundschaft-mit-Valjevo.de

Die Sanktionen – Eine Hauptursache der Not in Syrien

Mit ihren Wirtschafts- und Finanzsanktionen haben EU und Bundesregierung seit 2011 das gesamte syrische Volk in Geiselhaft genommen. Sie beharren darauf, jede Verbesserung der Lebensbedingungen der syrischen Bevölkerung und den Wiederaufbau des Landes solange zu blockieren, bis sich das Land unterwirft und eine Umgestaltung seiner Wirtschaft und eine Neuausrichtung seiner Politik entsprechend den Vorgaben von USA und Nato

vornimmt. Diese Erpressung auf Kosten von Millionen Menschen erfolgt gegenüber einem Land, dessen Infrastruktur nach 8 Jahren Krieg weitgehend zerstört ist und in dem, so die Weltbank, möglicherweise mehr Menschen ihr Leben infolge des Zusammenbruchs des Gesundheitswesens verloren haben als unmittelbar durch die Kämpfe (1). Es ist scheinheilig und verlogen, über das Schicksal der Flüchtlinge zu jammern, aber zu den Sanktionen zu schweigen. Wir sind alle gefordert, unsere Abgeordneten zur Rede zu stellen, die Öffentlichkeit zu informieren und für den notwendigen Druck zu sorgen, damit die Sanktionen endlich aufgehoben werden und das Leid des syrischen Volkes ein Ende findet. Hilfreich kann dabei die Verbreitung des Berichtes des Sonderberichterstatters des UNO – Menschenenrechtsrates in Genf Idriss Jazairy sein. Er hat Syrien im Mai 2018 besucht.

Über die Auswirkungen der Sanktionen auf die Wirtschaft des Landes heißt es in seinem Bericht u.a:

> „Das Verbot des Handels mit Ausrüstungen, Maschinen und Ersatzteilen hat die syrische Industrie verwüstet. Fahrzeuge, einschliesslich Krankenwagen und Feuerwehrfahrzeugen sowie Landmaschinen leiden unter einem Mangel an Ersatzteilen. Fehlende Wasserpumpen beeinträchtigen die Wasserversorgung schwer und reduzieren die landwirtschaftliche Produktion. Energieerzeugungsanlagen fallen aus, und neue Anlagen können nicht gekauft oder gewartet werden, was zu Stromausfällen führt. Komplexe Maschinen, die internationale Techniker für die Wartung benötigen, versagen und beschädigen medizinische Geräte und Fabrikmaschinen. Zivile Flugzeuge sind nicht mehr in der Lage, sicher zu fliegen, und die Busse des öffentlichen Nahverkehrs sind in schlechtem Zustand.“

Die Sanktionen sind laut Idriss Jazairy (2) auch eine zentrale Ursache, warum viele Syrer sich gezwungen sehen, ihr Land zu verlassen:

> „(…) ist hervorzuheben, dass die dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit, das Fehlen von Arbeitsplätzen, die Schliessung von Fabriken, die nicht in der Lage sind, Rohstoffe oder Maschinen zu beschaffen oder ihre Waren zu exportieren, alle dazu beigetragen haben, die Emigration der Syrer zu verstärken. Einige Aufnahmestaaten haben qualifizierte Migranten selektiert, während sie die weniger Glücklichen unter Druck setzten, nach Syrien zurückzukehren. Dieser «Braindrain» hat insbesondere der Medizin- und Pharmaindustrie geschadet, und

> zwar zum ungünstigsten Zeitpunkt für Syrien. Das erwartete Ende des derzeitigen Konflikts wird die Migrationsströme, insbesondere nach Europa, angesichts der Sättigung der Nachbarländer nicht beenden. Diese Ströme dürften so lange anhalten, wie die syrischen Behörden durch einseitige Zwangsmassnahmen daran gehindert werden, die drängenden Probleme im Zusammenhang mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur anzugehen, insbesondere die Wiederherstellung der Energie- und Wasserversorgung."

Sein Fazit:

> „Ich bin zutiefst besorgt, dass einseitige Zwangsmassnahmen zum anhaltenden Leid der syrischen Bevölkerung beitragen. Behauptungen, sie seien zum Schutz der syrischen Bevölkerung oder zur Förderung eines demokratischen Übergangs, lassen sich nur schwer mit den durch sie verursachten wirtschaftlichen und humanitären Leiden in Einklang bringen."

---

1. The Toll of War: The Economic and Social Consequences of the Conflict in Syria, Seite 40 und 41
2. UN-Experte: Einseitige Zwangsmassnahmen verschärfen humanitäre Krise in Syrien